

**Schriftliche Frage Nr. 182 vom 27. April 2017 von Herrn Balter an Herrn Minister Mollers zum Schulprojekt des ZAWM zum interkulturellen und interreligiösen Dialog<sup>1</sup>**

**Frage**

Das Grenzecho berichtete am 28. März auf Seite 14 vom diesjährigen Schulprojekt des ZAWM zum interkulturellen und –religiösen Dialog. Ziel dieses Projektes ist, die Schüler anhand von neun verschiedenen Maßnahmen auf Probleme der Fremdenfeindlichkeit hinzuweisen und eine offenere und unvoreingenommene Haltung zum Islam und dessen Anhängern durchzusetzen. Das Bild der Jugendlichen von Leuten mit Migrationshintergrund beriefe sich auf Halbwahrheiten und Unwissenheit.

Meine Fragen an Sie hierzu lauten:

1. Inwiefern ist dieses Projekt durch die öffentlichen Dienste der DG gefördert worden? Haben Dienste wie Info Integration bei der Konzipierung sowie der Ausführung dieses Projektes mitgewirkt, sei es aktiv durch Interaktionen mit den Lehrkörpern, oder passiv anhand von Zurverfügungstellung von Informationsmaterial?
2. Da es sich in diesem Falle um ein interdisziplinäres Projekt mit berufsrelevanter Ausrichtung für die Jugendlichen handelt, stellt sich die Frage, ob solche Projekte bereits öfters stattgefunden haben? Wenn ja, könnten Sie eine detaillierte Auflistung dieser Projekte sowie einen Überblick über die behandelte Thematik in den verschiedenen Fachrichtungen anfügen?
3. Inwiefern können die durch dieses Projekt erlangten Erkenntnisse mit in die Integrationspolitik der DG einfließen? Wäre eine Ausarbeitung eines Konzepts mit ihrem Ministerkollegen Antoniadis aufgrund der erlangten Kenntnisse nicht ratsam? Wenn ja, wie sollte dieses Konzept aussehen? Wenn nein, warum nicht?

**Antwort**

**Inwiefern ist dieses Projekt durch die öffentlichen Dienste der DG gefördert worden? Haben Dienste wie Info Integration bei der Konzipierung sowie der Ausführung dieses Projektes mitgewirkt, sei es aktiv durch Interaktionen mit den Lehrkörpern, oder passiv anhand von Zurverfügungstellung von Informationsmaterial?**

Im Rahmen des Jahres für interkulturellen und –religiösen Dialog 2016-2017 wurden im September 2016 alle ostbelgischen Schulen und die beiden ZAWM aufgerufen, ein schulinternes Programm für interkulturellen und –religiösen Dialog zu entwickeln. Dieses sollte konkrete Maßnahmen (Exkursionen, Projekte, Initiativen, Fortbildungen) beinhalten, die die interkulturelle Öffnung in der jeweiligen Schule fördern.

Das Ministerium hat die teilnehmenden Bildungseinrichtungen während des Schuljahres sowohl inhaltlich durch die Zurverfügungstellung von relevanten Informationen als auch finanziell durch die Auszahlung eines Zuschusses unterstützt, wenn vier Bedingungen für die Durchführung der schulinternen Programme bzw. Projekte erfüllt waren:

1. Das Programm und seine Einzelmaßnahmen binden viele Klassen der Schule ein.
2. Das Programm fördert den interkulturellen oder –religiösen Austausch.
3. Das Programm beinhaltet mindestens drei verschiedene Einzelmaßnahmen über das Schuljahr verteilt.

---

<sup>1</sup> Die nachfolgend veröffentlichten Texte entsprechen den hinterlegten Originalfassungen.

4. Das Programm ist nachhaltig, d.h. dazu angetan, in kommenden Schuljahren fortgesetzt zu werden. Langfristiges Ziel ist, den interkulturellen und –religiösen Dialog im Schulprojekt zu verankern.

Das ZAWM St. Vith ist neben 13 Schulen diesem Aufruf gefolgt und hat am 10. Oktober 2016 einen Antrag auf finanzielle Unterstützung gestellt, dem am 21. November 2016 mit einer Zusage von 1000 € stattgegeben wurde. Diese Summe wurde für die Umsetzung des schulinternen Programms verwendet.

Am 5. Mai 2017 wurde das Projekt des ZAWM St. Vith auf der Abschlussveranstaltung zum Jahr des interkulturellen und -religiösen Dialogs im Bildungswesen aufgrund der positiven Begutachtung des Sachstandsberichtes zur Umsetzung des schulinternen Programms durch eine externe Jury mit dem 2. Platz und einem Geldpreis von weiteren 1000 € ausgezeichnet.

Das ZAWM St. Vith hat die Konzipierung und die Ausführung des Projektes ohne die Unterstützung von Info Integration bewerkstelligt.

**Da es sich in diesem Falle um ein interdisziplinäres Projekt mit berufsrelevanter Ausrichtung für die Jugendlichen handelt, stellt sich die Frage, ob solche Projekte bereits öfters stattgefunden haben? Wenn ja, könnten Sie eine detaillierte Auflistung dieser Projekte sowie einen Überblick über die behandelte Thematik in den verschiedenen Fachrichtungen anfügen?**

Neben dem obenstehenden Projekt haben schon im August 2014 neun Lehrlinge des ZAWM St. Vith ein zweiwöchiges Praktikum in Togo absolviert. Dieses Projekt hatte neben dem Besuch der jeweiligen Praktikumsbetriebe und dem damit verbundenen Eintauchen in das togolesische Berufsleben ebenfalls das Kennenlernen der afrikanischen Kultur und Lebensart zum Ziel.

Ganz generell kann festgehalten werden, dass im ZAWM St. Vith das Thema interkultureller und interreligiöser Dialog Bestandteil der allgemeinbildenden Ausbildung ist und im Deutschunterricht mittels Klassenlektüre regelmäßig behandelt wird.

**Inwiefern können die durch dieses Projekt erlangten Erkenntnisse mit in die Integrationspolitik der DG einfließen? Wäre eine Ausarbeitung eines Konzepts mit ihrem Ministerkollegen Antoniadis aufgrund der erlangten Kenntnisse nicht ratsam? Wenn ja, wie sollte dieses Konzept aussehen? Wenn nein, warum nicht?**

Über alle Erkenntnisse, die im Schuljahr 2016-2017 bei der Umsetzung des Aktionsplans interkultureller und –religiöser Dialog im Bildungswesen gesammelt wurden, hat ein ausführlicher Austausch innerhalb der Steuergruppe „Interkultureller Dialog“ stattgefunden. Diese Steuergruppe, in der jedes der vier Kabinette einen Vertreter entsendet hat, informiert die Regierung in regelmäßigen Abständen in gebündelter Form über die Initiativen der vier Minister zur Förderung des interkulturellen Dialogs in Ostbelgien. Es besteht folglich eine strukturierte Kommunikation zwischen den Kabinetten und den Ministern hinsichtlich der einzelnen Aktionen im Bereich des interkulturellen Dialogs. Darüber hinaus werden auch die weiteren integrationspolitischen Themen innerhalb der Regierung abgestimmt.